

Vestischer Appell

für einen sozialen Arbeitsmarkt im nördlichen Ruhrgebiet

Den Evangelischen Kirchenkreis, den Deutschen Gewerkschaftsbund und die Katholische Kirche im Kreis Recklinghausen vereint das gemeinsame Streben nach einer solidarischen Gesellschaft, in der alle Bürgerinnen und Bürger in Würde am sozialen und kulturellen Leben ihrer Region teilhaben können. Hierzu gehört das Lebensgefühl, gebraucht zu werden und im Rahmen der individuellen Möglichkeiten für den eigenen Lebensunterhalt sorgen zu können. Jeder Mensch hat Stärken, Eigenschaften und Potenziale, die er zum Wohle der Gemeinschaft einsetzen kann. Dies muss in einer solidarischen Gesellschaft auf menschenwürdige Weise ermöglicht werden.

Die langjährigen Erfahrungen in der Vestischen Region zeigen, dass sogar bei positiver Konjunkturentwicklung eine Vielzahl langzeitarbeitsloser Menschen keine Beschäftigung in unserer Region und im erreichbaren Umland findet. Die Talente und Potenziale langzeitarbeitsloser Menschen werden auf dem Arbeitsmarkt nicht nachgefragt. Häufig sind es Menschen, die vor allem individuelle Schwierigkeiten gesundheitlicher, persönlicher und sozialer Art aufweisen. Somit wird die Chance auf Beschäftigung verwehrt. Die damit verbundenen positiven Auswirkungen auf die individuelle Lebenssituation entfallen. Für viele wird daraus eine Spirale der Hoffnungslosigkeit mit sich verfestigenden psychosozialen Probleme.

Wir sehen uns in der Verantwortung, diesen Menschen über einen „Sozialen Arbeitsmarkt“ eine sinnstiftende, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu geben. Sie sollen die Möglichkeit bekommen, ihr Leben wieder selbst zu gestalten, wertvolle Beiträge für die Gesellschaft im Kreis Recklinghausen zu leisten und sich als bedeutender Bestandteil menschlicher Gemeinschaft zu erleben. Wir dürfen niemanden ausgrenzen. Zur Würde des Menschen – dem zentralen Menschenrecht unseres Grundgesetzes - gehört, dass soziale Ausgrenzung vermieden wird.

Wir wissen, dass auch in anderen Städten Menschen in der Arbeitsgesellschaft an den Rand gedrängt werden, weil ihr Arbeitsvermögen nicht nachgefragt wird. Jedoch in kaum einem anderen Landesteil ist der Anteil aus der Arbeitsgesellschaft Ausgeschlossener an der Gesamtbevölkerung so hoch wie im Vestischen Kreis und im übrigen nördlichen Ruhrgebiet. Spuren der Verarmung und sozialen Desintegration sind in unserer Region längst unübersehbar.

Wir Unterzeichner richten uns deshalb mit diesem Appell an die Bundes- und die Landesregierung in NRW, einen sozial ausgerichteten Arbeitsmarkt für dauerhaft nicht vermittelbare, aber erwerbsfähige Menschen aufzubauen.

Wir, die Unterzeichner, wünschen uns im Interesse der Menschen zusätzliche und sozial ausgerichtete Arbeitsplätze, die öffentlich gefördert werden. Wir bitten die Bundes- und Landesregierung, die notwendigen Rahmenbedingungen dafür zu schaffen.

Wir schlagen vor, dass eingesparte Bundesmittel für Arbeitslosengeld II sowie eingesparte kommunale Mittel für Kosten der Unterkunft in die Finanzierung eines sozialen Arbeitsmarkts eingebracht werden. Darüber hinaus soll das Jobcenter zur Qualifizierung und weiteren Förderung der langzeitarbeitslosen Menschen des sozialen Arbeitsmarkts beitragen. Für eine Realisierung des „Sozialen Arbeitsmarkt“ ist eine Aufstockung der genannten Finanzierungsbeiträge zwingend erforderlich. Die Städte des Vestischen Kreises sind allesamt bereits überschuldet und dem Nothaushaltsrecht unterworfen.

Die großen sozialen Verwerfungen im nördlichen Ruhrgebiet infolge des langanhaltenden Strukturwandels werden in den kommenden Jahren durch den Kohlerückzug mit einem weiteren Verlust von zehntausenden Arbeitsplätzen weiter verschärft. Chancen auf eine erfolgreiche Selbsthilfe der Vestischen Region bestehen ohne weitere Unterstützung auf lange Sicht nicht. Das nördliche Ruhrgebiet entfernt sich derzeit immer weiter von den Lebensverhältnissen im übrigen Bundesgebiet. Beispielsweise gibt es schon jetzt weniger sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze je 1.000 Einwohner als im strukturschwachen Land Brandenburg.

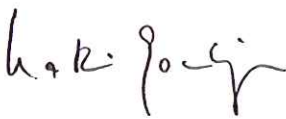
Der Appell richtet sich in dieser Lage an die Verantwortlichen in Bund und Land, um Langzeitarbeitslosen eine attraktive, würdevolle Chance auf gesellschaftliche Teilhabe zu bieten.

Dabei sind sich die Beteiligten einig, dass die Vorrangigkeit des Arbeitsmarktes gegenüber öffentlich geförderter Beschäftigung gesichert bleiben muss. Durch die verfahrensmäßige Einbindung der Sozialpartner soll sichergestellt werden, dass öffentliche Beschäftigung nur zusätzlich und im öffentlichen Interesse erfolgt.

Ev. Kirchenkreis
Recklinghausen

Deutscher Gewerkschaftsbund
Region Emscher-Lippe

Kath. Kirche
Kreis Recklinghausen



Superintendentin
Katrin Göckenjan



Geschäftsführer
Josef Hülsdünker



Kreisdechant
Propst Jürgen Quante